

Viele warten noch auf eine Bibel in ihrer Muttersprache

Stuttgart, 30.09.2013/APD Hunderte Millionen Menschen weltweit haben bisher keine vollständige Bibelübersetzung in ihrer Muttersprache. Darauf weist der Weltverband der Bibelgesellschaften (United Bible Societies; UBS) hin. Die Bibel liege jetzt komplett mit Altem und Neuem Testament in rund 500 Sprachen vor. Experten schätzten aber, dass es insgesamt etwa 7.000 Sprachen weltweit gebe. Jeder 20. Erdenbürger habe nicht einmal Zugang zu einem übersetzten Evangelium oder einer anderen biblischen Schrift in der eigenen Sprache.

Als ein Beispiel für die Bedeutung der Bibel in der eigenen Sprache nennen die Bibelgesellschaften die Übersetzung für das Volk der Schilluk in der Republik Südsudan. Nach 35 Jahren Übersetzungsarbeit mit Unterbrechungen durch den Bürgerkrieg im Sudan liege jetzt die komplette Bibel vor. „Viele Frauen sprechen nur Schilluk und kein Englisch oder Arabisch“, berichtet Rachel Ayul, Leiterin einer lokalen Frauengruppe. Manchmal habe sie die Bibel in einer anderen Sprache lesen müssen, um dann in Schilluk zu übersetzen. Im Südsudan seien mehr als drei Viertel der Bevölkerung Christen. Amtssprache wäre zwar Englisch, doch viele Einwohner würden nur die traditionellen Sprachen ihrer Völker beherrschen. Schilluk sprechen etwa 650.000 Südsudanesen.

Der Weltverband der Bibelgesellschaften plane, bis Ende 2015 komplette Bibelübersetzungen in weiteren hundert Sprachen fertigzustellen. Die Übersetzungsabteilung der UBS, Trainingsprogramme für einheimische Bibelübersetzer und spezielle Computersoftware wären dabei hilfreich. Finanziell werde die Arbeit durch Spenden unterstützt. In Deutschland fördere die Weltbibelhilfe als Aktion der Deutschen Bibelgesellschaft die internationalen Projekte zur Übersetzung

und Verbreitung der Heiligen Schrift.

Die Bibelgesellschaften betonten, dass die Übersetzung der Bibel nur in Amts- und Verkehrssprachen nicht ausreiche. Im Weltverband sind 146 nationale Bibelgesellschaften Mitglied. Zurzeit werde international in 450 Übersetzungsprojekten gearbeitet. Dabei gehe es um Erst- und Neuübersetzungen sowie Revisionen, welche die Texte an veränderte Sprachgewohnheiten und neue Erkenntnisse der Bibelwissenschaften anpassten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Adventistin wird Ministerin in der Regierung von Französisch-Polynesien

Tahiti/Französisch-Polynesien, 29.09.2013/APD Manolita Ly (52), Leiterin der Familiendienste der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Französisch-Polynesien, wurde als erste Frau Mitglied des Ministerrats der Regierung, wie „Record“, die Kirchenzeitschrift der australischen Adventisten, berichtete. Sie werde das Ministerium für Soziales und Arbeit übernehmen.

„Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal Ministerin der Französisch-Polynesischen Regierung würde“, sagte Ly. „Bitte betet für die Regierung. Wir brauchen eure Gebete“, bat sie die Mitglieder ihrer Kirche. Ly habe bisher als Psychologin und stellvertretende Direktorin der staatlichen sozialen Dienste sowie als Assistentin des Regierungspräsidenten von

Französisch-Polynesien gearbeitet, so „Record“.

Adventisten und politische Ämter

Die Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten ermutige ihre Mitglieder nicht zum politischen Engagement oder rate ihnen davon ab. Grundsätzlich bleibe es dem Einzelnen überlassen, ob und wie er sich politisch betätige.

Französisch-Polynesien besteht aus einem Inselatoll im Südpazifik und ist ein französisches Übersee-Territorium mit viel Autonomie von Paris. Es umfasst 4.100 Quadratkilometer und hat knapp 270.000 Einwohner. Die 4.410 Kirchenmitglieder der Siebenten-Tags-Adventisten versammeln sich in 37 Gemeinden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Adventisten bauen in Hinsdale/Illinois ein Krebszentrum

Hinsdale, Illinois/USA, 27.09.2013/APD Die Behörden von Hinsdale einem westlichen Vorort von Chicago/Illinois hätten nach einem aufwändigen Bewilligungsverfahren der Errichtung eines Krebszentrums von „Adventist Health Midwest“ zugestimmt, das 2015 eröffnet werden solle, wie „Suburban Life Media“ mitteilte.

Das Institut verbinde neueste medizinische Methoden der Krebsbehandlung mit einem Betreuungskonzept, bei dem der

Patient im Mittelpunkt stehe und das auch den Glauben einbeziehe, so „Adventist Health Midwest“. Heute müssten die Patienten oft mehrere Einrichtungen auf dem Weg von der Diagnose zur Behandlung und zur Genesung besuchen. Im geplanten Krebszentrum sei alles an einem Ort: Die Patienten könnten ihren Arzt konsultieren, das Labor liefere die Werte, und Behandlungen wie Chemotherapie oder Bestrahlungen würden gleich vor Ort angeboten, was den Patienten Zeit erspare und Stress reduziere.

Im Zentrum werde es 18 Behandlungsräume geben, die mit Unterhaltungs- und Kommunikationstechnologie ausgerüstet seien, damit die Patienten mit Angehörigen oder ihrer Arbeitsstelle verbunden bleiben könnten. Zudem seien fünf Begegnungsräume für Patienten und 21 Untersuchungszimmer vorgesehen. Das Zentrum werde über die modernste Medizintechnik, darunter auch zwei Bestrahlungsstationen mit Elektronen-Linearbeschleunigern, verfügen.

Laut „Adventist Health Midwest“ sei der Neubau mit 5.000 Quadratmetern harmonisch in die Umgebung eingepasst, lichtdurchflutet und solle Ruhe ausstrahlen. Er werde 48 Millionen US-Dollar (35,6 Millionen Euro) kosten. Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten unterhält in den USA 56 Krankenhäuser.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Achtungserfolg für adventistische Bundestagskandidaten

Ostfildern, 26.09.2013/APD Als Kandidaten der „Alternative für Deutschland“ (AfD) bei der Wahl zum Deutschen Bundestag traten auch zwei Siebenten-Tags-Adventisten an. Der Geologe Dr. Dr. Matthias Dorn (59) war Direktkandidat im Wahlkreis 41 (Hannover Stadt I). Dieser Wahlkreis ist fest in der Hand der SPD. Nur 1957 konnte ein CDU-Kandidat das Direktmandat erlangen. Auch diesmal schaffte es wieder die SPD. Die Diplom-Sozialpädagogin Kerstin Tack zieht mit 43,5 Prozent der Stimmen erneut als Abgeordnete in den Deutschen Bundestag ein. Dorn erreichte zwar nur 3,2 Prozent der Erststimmen. Damit lag er hinter den Direktkandidaten von CDU (36,5 Prozent), Grünen (7,7 Prozent) und DIE LINKE (5 Prozent), aber noch vor den PIRATEN (1,9 Prozent) und der FDP (1,5 Prozent). An Zweitstimmen erhielt die AfD im Wahlkreis 3,6 Prozent.

Im Wahlkreis 100 (Rheinisch-Bergischer Kreis) war der Unternehmensberater Martin Haase (58) aus Bergisch Gladbach Direktkandidat der AfD. In diesem Wahlkreis ist traditionell die CDU führend. Nur 1972 siegte die SPD. Auch diesmal schaffte erneut der CDU-Direktkandidat Wolfgang Bosbach mit 58,5 Prozent den Sprung in den Deutschen Bundestag. Die SPD kam dagegen auf 25 Prozent der Erststimmen. Die Grünen erreichten 6,9 Prozent, und DIE Linke schaffte 4,1 Prozent. Für Martin Haase stimmten 2,8 Prozent. Er lag damit noch vor der FDP (1,7 Prozent). Im Wahlkreis 100 entschieden sich 4,7 Prozent der Wähler für die AfD. Die erst in diesem Jahr gegründete wertekonservative und euroskeptische Partei verfehlte auf Bundesebene mit 4,7 Prozent der Zweitstimmen nur knapp den Einzug in den Deutschen Bundestag.

Nur einmal gelangte bisher ein Adventist als Abgeordneter in

den Bundestag. Bei der Bundestagswahl 1998 war der Bauunternehmer Frank Hempel in Mecklenburg-Vorpommern für die SPD Direktkandidat im damaligen Wahlkreis 270 (Neustrelitz, Stasburg, Pasewalk, Ueckermünde, Anklam). Er wurde mit der knappen Mehrheit von 13 Stimmen in den 14. Deutschen Bundestag gewählt. Dort war er unter anderem Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zur Bundestagswahl 2002 wurden die Wahlkreise vergrößert, sodass weniger Abgeordnete ins Parlament einzogen. Hempel trat nicht mehr zur Wahl an, sondern arbeitete als Referent im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Freikirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten ermutige ihre Mitglieder nicht zum politischen Engagement oder rate ihnen davon ab. „Das ist eine Entscheidung, die jedes Gemeindeglied für sich treffen muss“, betonte der frühere Direktor für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz), Dr. Bert B. Beach. Wenn Christen in wichtigen Regierungsstellen ihren Dienst verrichteten, könnten sie ihren Einfluss zum Schutz der Menschenrechte sowie der Glaubens- und Gewissensfreiheit nutzen. Grundsätzlich bleibe es aber dem Einzelnen überlassen, ob und wie er sich politisch betätige.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Erste adventistische Frau in

Europa als Pastorin ordiniert

BC Huis ter Heide/Niederlande, 25.09.2013/APD Am 21. September hat die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in den Niederlanden in der Christus Koning-Kirche, Den Haag, Enrico Karg und Guisèle Berkel-Larmonie während eines Gottesdienstes zum Pastorendienst ordiniert, teilte die Kommunikationsabteilung der Kirche mit. Guisèle Berkel-Larmonie ist damit die erste adventistische Pastorin in Europa, die während einer gottesdienstlichen Feier ordiniert worden ist.

Am 30. Mai hatte der Exekutivausschuss der adventistischen Kirchenleitung in den Niederlanden beschlossen, zum 1. Juni 2013 keine geschlechtsspezifischen Unterschiede zwischen Pastorinnen und ihren männlichen Kollegen mehr zuzulassen. Frauen würden jetzt in gleicher Weise wie Männer zum Pastorendienst ordiniert. Alle bereits im Dienst stehenden adventistischen Pastorinnen sind daraufhin ab diesem Datum als ordiniert eingestuft worden. Die adventistische Kirchenleitung der Niederlande bezeichne nunmehr in ihren Berichten an die Weltkirche alle Pastoren, ob männlich oder weiblich, als „ordiniert“.

Studienkommission der Weltkirche zur Ordinationsfrage

Der Exekutivausschuss der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) der Siebenten-Tags-Adventisten hat 2012 eine Studienkommission eingesetzt, die sich bis Oktober 2014 mit der Theologie der Ordination befassen sollte. Die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen müssten die adventistische Gemeindepraxis unter besonderer Berücksichtigung einer bisher noch nicht in der Freikirche möglichen Ordination von Pastorinnen einbeziehen. Die Ergebnisse würden im Oktober 2014 dem Exekutivausschuss der Weltkirchenleitung vorgestellt, der dazu Empfehlungen verabschiedete, welche der adventistischen Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) 2015 in San Antonio,

Texas/USA, zur Abstimmung vorgelegt werden sollten.

Adventistische Frauen in den USA zum Pastorendienst ordiniert

2012 und 2013 haben überregionale adventistische Kirchenleitungen Beschlüsse zur geschlechtsunabhängigen Ordination gefasst: Die „Columbia Union Conference“ im Osten und die „Pacific Union Conference“ im Westen der USA sowie der „Norddeutsche Verband“, die „Niederländische Union“, die „Norwegische Union“ und die „Dänische Union“. In den beiden nordamerikanischen Kirchenregionen sind bereits mehr als zehn Frauen als Pastorinnen ordiniert worden.

Gemäß der offiziell gültigen Kirchenordnung können Frauen nach dem Theologiestudium in der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten zwar als Pastorin „gesegnet“ werden und damit fast alle Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vornehmen; doch ordiniert werden nur männliche Geistliche. Nur sie dürfen in kirchenleitende Ämter, etwa als Präsident einer „Vereinigung“ oder eines „Verbandes“ (regionale beziehungsweise überregionale Kirchenleitung), berufen werden, da hierfür die Ordination notwendig ist. Während die Ordination von Pastoren weltweit innerhalb der Freikirche Gültigkeit hat, dürfen Frauen als Pastorinnen nur in den Gebieten wirken, die zu einer Kirchenleitung gehören, welche die Segnung praktiziert.

Die Weltsynoden der Adventisten 1990 in Indianapolis/USA und 1995 in Utrecht/Niederlande hatten die Ordination von weiblichen Geistlichen mehrheitlich abgelehnt. Die Zulassung von Frauen als ordinierte Pastorinnen ist außerhalb von Nordamerika, Westeuropa, China und Australien/Ozeanien, wo nur etwa 13 Prozent der weltweit über 17,6 Millionen erwachsen getauften Adventisten leben, umstritten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Präses der Freien evangelischen Gemeinden wiedergewählt

Witten, 24.09.2013/APD Mit der eindeutigen Mehrheit von 310 Ja-Stimmen bei 315 abgegebenen Voten wurde Präses Ansgar Hörsting (48) für weitere sechs Jahre im höchsten Amt des Bundes Freier evangelischer Gemeinden (FeG) bestätigt. Fast alle Delegierten auf dem FeG-Bundestag in Gießen folgten der einstimmigen Empfehlung der 23 Kreisvorsteher, die laut Verfassung des Bundes in der Präses-Wahl das Vorschlagsrecht haben. Pastor Harald Peil vom Westfalen-Mitte-Kreis fasste als Sprecher vor der Abstimmung das Votum der Kreisvorsteher zusammen: Ansgar Hörsting „ist der richtige Mann am richtigen Ort“. Die Kreisvorsteher würdigten Hörsting als einen Präses, den seine „Nähe zu Menschen und Liebe zu Jesus“ auszeichne. Er sei ein „guter Repräsentant des Bundes FeG nach innen und außen“. Durch seine „offene und gewinnende Art“ genieße er „großes Vertrauen auch innerhalb der Gemeinden“.

Hörsting dankte nach seiner Wiederwahl für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er wolle in den nächsten Jahren dem Thema Evangelisation oberste Priorität geben.

Ansgar Hörsting hat auch das Amt des Präsidenten der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) inne, zu der zehn Mitglieds- und vier Gastkirchen in Deutschland gehören. Er ist verheiratet mit Susanne Hörsting. Nach der Ausbildung zum Altenpfleger studierte er am Theologischen Seminar des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in Ewersbach und wurde Pastor der FeG-Gemeinde Siegen-Geisweid. 2000 bis 2007 leitete er die Allianz-Mission, die Auslandsmission im Bund FeG. Seit 2008

ist er Präses des Bundes Freier evangelischer Gemeinden. Die neue Amtszeit endet im Dezember 2019.

Die erste Freie evangelische Gemeinde (FeG) entstand 1854 in Wuppertal. 20 Jahre später schlossen sich 22 Gemeinden zum Bund Freier evangelischer Gemeinden zusammen. Heute gehören 469 Gemeinden mit etwa 40.000 Mitgliedern dazu. Damit zählt der Bund mit Baptisten, Methodisten, Adventisten und Pfingstlern zu den Gruppen, die das Bild der evangelischen Freikirchen in Deutschland prägen.

Typisch für die Freien evangelischen Gemeinden ist ihr Gemeindeverständnis. Eine Gemeinde sei immer eine Gemeinde der Glaubenden. Das führe dazu, dass Freie evangelische Gemeinden sich ganz bewusst auf die zentralen Aussagen des Evangeliums konzentrierten und missionarisch leben wollten. In den Gemeinden des Bundes werde bewusst nur die Glaubensstufe praktiziert. Wenn aber jemand aus persönlichen Gründen seine Kindertaufe als gültige Taufe anerkenne, so werde diese Gewissensentscheidung akzeptiert und nicht zum Kriterium für die Mitgliedschaft erhoben. Die zwischenkirchliche Zusammenarbeit sei für Freie evangelische Gemeinden eine wichtige Aufgabe. Traditionell engagiere sich der Bund in der Evangelischen Allianz, deren Vorsitzende schon oft aus den eigenen Reihen kämen. Darüber hinaus gebe es eine Mitgliedschaft in der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) und eine Gastmitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK). Freien evangelischen Gemeinden liege die Gemeindegründung in den Genen. Zählten 1960 zum Bund knapp 250 Gemeinden, so waren es 2000 etwa 400, und heute sind es 469.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Friedensauer Wähler stimmen für beide Volksparteien

Friedensau bei Magdeburg, 23.09.2013/APD Bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag errang in dem adventistisch geprägten Hochschulort Friedensau bei Magdeburg die CDU die Mehrheit der Zweitstimmen. Die Mehrheit der Erststimmen entfiel dagegen auf die Direktkandidatin der SPD.

Für die CDU stimmten mit der Zweitstimme 38,1 Prozent der Friedensauer Wählerinnen und Wähler. Im Gegensatz zum Bundestrend legte die CDU gegenüber der letzten Bundestagswahl vor vier Jahren nicht zu, sondern verlor 10,6 Prozentpunkte. Die SPD erlangte 34,2 Prozent, einen Zuwachs von 3,6 Prozent. Die Grünen bekamen 9,4 Prozent, die FDP erhielt 5,5 Prozent, auf die FREIEN WÄHLER und die ÖDP fielen je 2,5 Prozent sowie auf DIE LINKE 2,0 Prozent der Zweitstimmen. Für die „Alternative für Deutschland“ (AfD) stimmten 4,0 Prozent der Wähler. Die Parteien „pro Deutschland“ und PIRATEN erhielten je 1,0 Prozent, die NPD und MLPD gingen dagegen leer aus.

Damit entschieden sich die Friedensauer Wähler anders als im gesamten Wahlkreis 67 (Börde-Jerichower Land), zu dem die Ortschaft Friedensau gehört. Im Wahlkreis liegt die CDU bei den Zweitstimmen mit 43,2 Prozent der Stimmen an der Spitze, gefolgt von den Parteien DIE LINKE (21,7 Prozent), SPD (19,6 Prozent), AfD (3,9 Prozent), Grüne (3,1 Prozent), FDP (2,9 Prozent), NPD (2,1 Prozent), PIRATEN (1,8 Prozent), „pro Deutschland“ (1,2 Prozent), FREIE WÄHLER (1,2 Prozent), ÖDP (0,2 Prozent) und MLPD (0,1 Prozent).

Von den Direktkandidaten erlangte in Friedensau Waltraud Wolff (SPD) 43,1 Prozent der Erststimmen, gefolgt von Manfred

Behrens (CDU) mit 40,6 Prozent. Für den Kandidaten der Grünen, Thomas Schlenker, stimmen 5,9 Prozent und für den der LINKEN lediglich 1,5 Prozent. Ganz anders sah es dagegen in Börde-Jerichower Land aus. Den Wahlkreis gewann mit deutlicher Mehrheit von 44,6 Prozent der CDU-Kandidat, gefolgt von der SPD-Kandidatin (23,1 Prozent) und dem Kandidaten der LINKEN (21,4 Prozent). Der Grüne Kandidat erreichte lediglich 2,6 Prozent der Erststimmen und lag damit noch hinter der Kandidatin der PIRATEN (3,0 Prozent – Friedensau 2,5 Prozent) und dem Kandidaten der FDP (2,7 Prozent – Friedensau 2,5 Prozent).

Die Wahlbeteiligung lag in Friedensau bei 73,9 Prozent; das sind rund zwei Prozent mehr als vor vier Jahren und deutlich über den 62,2 Prozent im Wahlkreis 67. Sie liegt sogar über dem Bundesdurchschnitt von 71,5 Prozent.

Der von Siebenten-Tags-Adventisten 1899 gegründete Ort Friedensau, etwa 30 Kilometer östlich der Landeshauptstadt Magdeburg gelegen, zählt rund 500 Einwohner mit etwa 300 Wahlberechtigten. Seit 1920 eine eigenständige politische Gemeinde, wurde Friedensau 2002 in die Stadt Möckern eingemeindet. Die Ortschaft ist Standort der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten mit den Fachbereichen Theologie und Christliches Sozialwesen.

Der Ort wird durch die Bildungsstätte und ihre Einrichtungen, wie Verwaltung, Hörsäle, Bibliothek, Studentenwohnheime, Mensa, Gästehaus, Wohnungen, Museum, historisches Archiv, Sportfelder, Sporthalle und Sternwarte, geprägt. Nicht zur Hochschule gehören ein Seniorenheim mit 122 Einzelzimmern in Trägerschaft des Advent-Wohlfahrtswerkes (AWW), eine Kindertagesstätte, ein Agrartechnik-Freilichtmuseum, ein historischer Friedhof und der Bibelgarten mit Pflanzen, die in der Heiligen Schrift erwähnt werden. Das Kinder- und Jugendzentrum Friedensau unterhält einen Pfadfinder-Zeltplatz samt Hüttendorf und Ökohaus sowie den größten Hochseilgarten in Sachsen-Anhalt.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Zahlreiche Unterstützer für europaweites Bürgerbegehren "Einer von uns"

Unterschriftenaktion zum Stopp von EU-Geldern für Embryonen-Versuche und Klonen noch bis 1. November

Ostfildern, 23.09.2013/APD Das europäische Bürgerbegehren „Einer von uns“ („One of us“), das sich gegen Fördergelder der Europäischen Union für die Embryonenforschung und das Klonen wendet, hat sein Etappenziel bereits überschritten. In allen 28 EU-Staaten wurden über eine Million Unterschriften gesammelt. In Deutschland sind es über 92.000. Nach dem europäischen Vertrag von Lissabon ist es möglich, dass sich die EU-Kommission mit einem Bürgerbegehren beschäftigt, wenn mindestens eine Million Unterschriften aus einem Viertel der europäischen Mitgliedsstaaten gesammelt werden. Aus Deutschland sind dafür 75.000 Unterschriften nötig, damit diese für die zu erreichende europäische Gesamtzahl von Unterschriften mitgezählt werden können.

Auch in den Ländern Frankreich, Italien, Litauen, Niederlanden, Österreich, Polen, Rumänien, Slowakei, Spanien und Ungarn sei das Quorum schon erreicht worden, teilte die deutsche Koordinatorin der Initiative, Hedwig von Beverfoerde, mit. „Einer von uns“ beruft sich auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs von 2011. Dieser habe festgestellt,

dass ein Embryo ab dem Zeitpunkt der Befruchtung als Mensch anerkannt werden müsse. „Daraus folgt, dass seine Würde auch von der EU und allen europäischen Institutionen geachtet und seine Unversehrtheit sichergestellt werden muss“, so von Beverfoerde. „Die EU-Finanzierung aller Aktivitäten, bei denen menschliche Embryonen zerstört, das heißt getötet werden, muss daher unterbunden werden.“

Zu den Unterstützern der Initiative gehörten zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie werde aber auch von evangelischen, katholischen, anglikanischen und orthodoxen Christen getragen. In Deutschland rufen zur Beteiligung an der Unterschriftenaktion unter anderem die Deutsche Evangelische Allianz, der Vorstand der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) und die Leitung des Bundes Freier evangelischer Gemeinden auf.

Auch die Präsidenten des Nord- und Süddeutschen Verbandes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die Pastoren Johannes Naether (Hannover) und Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), bitten die Mitglieder ihrer Freikirche, sich an der Unterschriftenaktion zu beteiligen. Sie weisen darauf hin, dass die unbedingte Achtung der Menschenwürde auch bedeute, Gott als den Schöpfer des Lebens zu ehren. Jeder Mensch sei als Geschöpf Gottes einmalig und liebenswert. Das mache seine Würde aus. Er habe von Gott das uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung erhalten. „Niemand hat das Recht, ihn zum Mittel für fremde Zwecke zu missbrauchen.“

Da die Initiatoren der Bürgerinitiative „Einer von uns“ damit rechnen, dass nicht alle Unterstützungsbekundungen auf den offiziellen Unterschriftenformularen aufgrund fehlender Angaben als gültig anerkannt würden, werben sie weiterhin für die Aktion. Unterstützt werden könne diese bis zum 1. November 2013 online beziehungsweise auf den offiziellen Listen. Weitere Informationen im Internet unter www.1-von-uns.de.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Volle staatliche Anerkennung der adventistischen Universität in Tansania

Arusha/Tansania, 22.09.2013/APD Der Staatspräsident des ostafrikanischen Landes Tansania, Jakaya Mirisho Kikwete, überreichte dem Kanzler der adventistischen Universität von Arusha, Godwin Lekundayo, der gleichzeitig Präsident der tansanischen Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist, eine Urkunde, die der Hochschule die volle akademische Akkreditierung verleiht. Der Festakt fand laut Adventist News Network (ANN) im Parlamentsgebäude von Dar-es-Salaam statt.

Dadurch könne die 1974 errichtete Bildungsstätte auch Studiengänge aufbauen, die mit dem Master und der Promotion abschließen. Bisher hat die Universität die Fakultäten Betriebswirtschaft, Pädagogik und Theologie. Neben Diplomen in Pädagogik und Betriebswirtschaft sind bisher nur Bachelorabschlüsse in Theologie und Religion (BA) sowie Betriebswirtschaft (B.B.A) und Pädagogik (BEd) möglich. An der Hochschule in Arusha im Nordosten Tansanias lehren 60 Dozenten und sind rund 1.600 Studenten und Studentinnen eingeschrieben.

Zur Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Tansania gehören über 430.000 erwachsen getaufte Mitglieder in 2.029 Kirchengemeinden. Die dortigen Adventisten unterhalten neben der Universität elf Grundschulen und zehn höhere Schulen sowie ein Krankenhaus, 18 Kliniken, ein Verlagshaus und ein Medienzentrum für Radio- und Fernsehaufnahmen

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Syrischer Erzbischof: "Lasst uns in Ruhe!"

München u. Ostfildern, 20.09.2013/APD Der melkitisch-katholische Erzbischof von Bosra und Hauran in Syrien, Nicolas Antiba, hat an den Westen appelliert, Pläne für eine militärische Intervention endgültig aufzugeben. Im Gespräch mit dem weltweiten römisch-katholischen Hilfswerk „Kirche in Not“ erklärte er, die syrische Krise verschlimmere sich durch die „aus dem Ausland in das Land strömenden Kämpfer und Waffen“. Diese seien „wie ein Krebsgeschwür für das Land“.

Der Erzbischof befürchte, dass sich die Lage immer weiter verschlechtern werde, wenn weiterhin Waffen in das Land gebracht würden. „Hier kämpfen nicht Syrer gegen Syrer – diejenigen, die sich an den Kämpfen beteiligen, sind Nicht-Syrer“, sagte Antiba. Er wandte sich in einem Appell direkt an Präsident Obama: „Sie sprechen immer vom Frieden – bitte lassen Sie uns in Ruhe und setzen Sie Ihre Ideen für den Frieden in die Praxis um!“ Der Erzbischof betonte, dass die amerikanische Vorstellung von Demokratie nicht mit der des syrischen Volkes übereinstimme. „Lassen Sie uns unsere eigene Vorstellung von Demokratie herausfinden“, rief er Obama auf.

Die humanitäre Lage in Syrien beschrieb Erzbischof Antiba als „dramatisch“. Die unzähligen Flüchtlinge benötigten dringend Hilfe.

Christentum mit langer Tradition

Das Christentum hat in Syrien eine lange Tradition und reicht bis zur Bekehrung des Apostel Paulus in Damaskus zurück. Bevor das Land im 7. Jahrhundert islamisiert wurde, war Syrien mehrheitlich christlich. Vor dem jetzigen Konflikt gehörten von den etwa 20,8 Millionen Einwohnern Syriens rund zehn Prozent dem Christentum an. 87 Prozent der Bevölkerung bekannten sich zum Islam, hauptsächlich Sunniten, aber auch Alawiten, Ismailiten und Schiiten. Drei Prozent waren Drusen, eine Abspaltung der Schiiten.

Im Land sind unter den Christen besonders verschiedene Kirchen vertreten, die das altkirchliche Patriarchat von Antiochien (heute: Antakia/Türkei), das vom Apostel Petrus gegründet sein soll, für sich beanspruchen. Dazu gehören die Syrisch-Orthodoxe Kirche, die Rum-Orthodoxe Kirche (eine byzantinisch-orthodoxe Kirche) und die Katholischen Ostkirchen, die als Teilkirchen eigenen Rechts in der römisch-katholischen Kirche unter dem Papst von Rom uniert sind. Zu letzteren zählen die Syrisch-Maronitische Kirche (Sitz Jounieh bei Beirut), die Melkitische Griechisch-Katholische Kirche (Sitz Damaskus) und die Syrisch-katholische Kirche (Sitz Beirut). Zudem gibt es Gläubige, die zur Assyrischen Kirche des Ostens und zur mit Rom unierten Chaldäischen Kirche, sowie zu verschiedenen protestantischen und römisch-katholischen Gemeinden gehören.

Adventisten verboten

Bei den protestantischen Gemeinden handelt es sich unter anderem um Presbyterianer (Reformierte), armenische Protestanten und Baptisten. Die ersten Siebenten-Tags-Adventisten gab es bereits 1893 in Aleppo, das damals zum Osmanischen Reich gehörte. Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden Gemeinden in Aleppo und Damaskus. In den 1940er Jahren wurden weitere Gemeinden in Tartus, Mazraat el-Effendi und Bezaq gegründet. 1930 eröffneten die Adventisten in Damaskus einen Kindergarten und 1949 eine Grundschule in Bezaq. Den Bau einer Klinik in Damaskus im Jahr 1954

genehmigten die Behörden nicht. Bis 1959 wurden die syrischen Adventisten von Beirut/Libanon verwaltet. Dann erhielten sie eine eigene Kirchenleitung in Damaskus, wo 1966 auch ein Verwaltungs- und Gemeindezentrum entstand.

Da die Adventisten den Sabbat (Samstag) als biblischen Ruhetag feiern, unterstellten die Behörden der evangelischen Freikirche, dass sie eine jüdische Religionsgemeinschaft sei. Durch diese falsche Anschuldigung kam es immer wieder zu Repressionen. So wurde die adventistische Kirche in Bezaq geschlossen, adventistische Zeitschriften und Versammlungen wurden verboten sowie Pastoren verhaftet. Zwar gab es auch Zeiten mit weniger Einschränkungen, doch aufgrund der unsicheren Lage verließen immer mehr Adventisten das Land, sodass sich die Ortsgemeinden bis auf Damaskus auflösten. Im Jom-Kippur-Krieg 1973 erlitt die syrische Armee eine vollständige Niederlage gegen Israel. Daraufhin ließ der Staat das Verwaltungs- und Gemeindezentrum in Damaskus schließen, Pastoren und Laienmitglieder verhaften und die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Syrien verbieten. Bald danach wanderten die verbliebenen Adventisten in die USA aus. Seitdem ist die Freikirche in Syrien nicht mehr vertreten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Die Mentalität im Nahen Osten muss sich radikal

ändern"

München, 20.09.2013/APD Der im Libanon lebende emeritierte Erzbischof der mit Rom unierten Syrisch-antiochenischen-katholischen Kirche, Flavien Joseph Melki, hat in einem Interview mit dem weltweiten katholischen Hilfswerk „Kirche in Not“ über die aktuelle Situation in Syrien und über die Rolle des Auslands im syrischen Bürgerkrieg gesprochen. Nach einer Zählung des Kommissariats der Vereinten Nationen gebe es 1,2 Millionen syrische Flüchtlinge, wobei noch gar nicht alle gezählt seien. Es wären noch viel mehr Flüchtlinge, die aber nicht in den von den Vereinten Nationen erfassten Flüchtlingslagern lebten. Unter ihnen befänden sich etwa 10.000 christliche Familien, die vor allem orientalischen Kirchen angehörten. „Darunter sind etwa 3.000 Familien aus unserer Kirche. Für uns Christen und alle, die unter der Kriegssituation in ihrem Land leiden, ist es eine Katastrophe“, betonte der Geistliche. Sowohl muslimische als auch christliche Flüchtlinge könnten im Libanon arbeiten, weil die Syrer dafür keine Arbeitserlaubnis bräuchten. Aber es sei momentan nicht einfach, Arbeit zu finden.

Hass zwischen den Konfessionen vertieft sich

Am Anfang habe es in Syrien keinen Religionskrieg gegeben, aber je länger der Konflikt andauere, werde er den Hass zwischen den Konfessionen vertiefen, hob der Erzbischof hervor. „Zu Beginn war es ein Schrei nach Freiheit, Gleichheit und Teilhabe an der Macht. Aber je länger der Konflikt andauert, hat er sich zu einem Krieg zwischen der muslimischen Mehrheit und Minderheit entwickelt.“ Die Sunniten würden gegen die Alawiten kämpfen. Andererseits gebe es auch Angriffe auf Christen. Die Sunniten hätten sich vereint, um zu zeigen, dass auch sie ein Recht auf ihre Milizen haben. Weil die Schiiten, die Armee der Hisbollah im Libanon, Kämpfer nach Syrien schickten, würden jetzt auch die Sunniten Waffen und Soldaten senden, um sich gegen das Assad-Regime zu wehren.

Das Assad-Regime habe die Minderheiten am meisten respektiert

In keinem arabischen und islamischen Land gebe es Demokratie, so Melki. So etwas bleibe der Mentalität dieser Region fremd. Während der gesamten Geschichte des modernen Syrien sei das Assad-Regime dasjenige, das Minderheiten am meisten respektiert habe. Niemand sei bevorzugt worden, aber alle hätten ihr Recht und ihre Würde zugesprochen bekommen. „Wir können sagen, dass die Christen während der letzten 40 Jahre in Syrien Freiheit und Gleichheit genossen haben, weil die syrische Baath-Partei, ein laizistisches Regime, sich niemals in Religionsangelegenheiten einmischt und jegliche Glaubensrichtung respektiert.“ Sie bevorzuge keine Religion vor der anderen. „Und das gefällt vermutlich einigen Ländern nicht.“

„Solange es das islamische Gesetz gibt, gibt es keine Religionsfreiheit“

Erzbischof Melki vertritt die Ansicht, dass, die arabisch-muslimischen Länder noch nicht soweit seien, Religion und Staat auseinanderzuhalten. Die Religion werde immer der politischen Macht übergeordnet, weil das islamische Gesetz der Scharia im Gesetz verankert sein müsse. „Solange es das islamische Gesetz gibt, gibt es keine Religionsfreiheit.“ Ein Christ könne sich unter diesen Umständen niemals Muslimen entgegenstellen, es sei denn, er werde selbst Muslim. Ein Muslim dürfe dagegen niemals Christ werden. „Diese Mentalität muss sich im Nahen Osten radikal ändern. Das kann nur durch die zukünftigen Generationen verwirklicht werden.“ Die Ignoranz und der Analphabetismus regierten noch in all diesen Ländern. Die Ignoranz sei der Feind jeglichen Fortschritts. Es sei unmöglich voranzuschreiten, solange die Bevölkerung ignorant wäre.

Christen, welche die ursprünglichen Einwohner dieses Landes gewesen seien, da sie schon lange vor dem Islam da gewesen wären, hätten ihr Land nicht leichten Herzens verlassen. Aber wegen der Gewalt, des Krieges und der Armut würden sie

gezwungen, ihrem Land den Rücken zu kehren. „Aber solange wir Geistliche Hirten und verantwortlich für die Christen sind, ermutigen wir die Jugendlichen, in ihrer Heimat zu bleiben, weil wir noch eine religiöse Mission erfüllen müssen“, gab der Erzbischof zu bedenken.

Bis zum Frieden wird es viele Jahre dauern

Die Flüchtlinge litten und hofften auf ihre Rückkehr und darauf, dass die Waffen schweigen. „Wenn man ein Feuer entzündet, ist es sehr schwer, es wieder zu löschen. Ich hoffe, dass die Großmächte darüber nachdenken und dem Leiden und Hass ein Ende bereiten.“ Es brauche jetzt sehr viel Zeit, bis die Bevölkerung ihren Frieden wiederfinde. „Es gab Tote, Blut ist geflossen, Feuer hat gewütet, Ruinen türmen sich. Es braucht viele Jahre, um all das wieder aufzubauen“, schlussfolgerte Melki.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Für Syrien um Frieden beten

Watford/Großbritannien, 19.09.2013/APD Der Präsident der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Großbritannien und Irland, Pastor Ian W. Sweeney, hat sich gegenüber dem adventistischen Fernsehsender „Hope TV United Kingdom“ zum Syrienkonflikt geäußert. Er rief die Christen auf, für die Verantwortlichen, die schwierige Entscheidungen für diese Region treffen müssten, zu beten.

Über zwei Millionen Flüchtlinge hätten Syrien verlassen und Zuflucht in den Nachbarländern Irak, Jordanien, Libanon und

Türkei gesucht. Die christliche syrische Minderheit befände sich in einer sehr schwierigen Lage, da sie keine Seite aktiv unterstützen möchte und deshalb seitens der Regierung und von den Regimegegnern unter Druck geriete. Nach der Giftgasattacke verfolgten die im Land verbliebenen Bürger die Debatten über Lösungsmöglichkeiten, einschließlich eines Militärschlags gegen das Assad-Regime. Es gebe hierzu keine einfachen Antworten, betonte Sweeney. „Deshalb bete ich für die Verantwortlichen dieses Konflikts.“ Dazu gehörten nicht nur die Regierung unter Syriens Machthaber Baschar al Assad, sondern auch die Rebellenführer. „Ich bete, dass sie nicht nur ihre eigenen Interessen im Blick haben. Ich bete auch, dass sich der Friede durchsetzt.“

„Frieden ist etwas, das man am besten auf friedliche Weise erreicht“, betonte Pastor Sweeney. Er sei Pazifist und stehe einer Kirche vor, die traditionell einen pazifistischen Standpunkt vertrete. „Gewalt anwenden, um Frieden zu gewinnen? Ich glaube nicht, dass wir damit Erfolg haben werden.“ Doch das Friedenstiften beginne bei jedem selbst, setze sich in der Familie fort und wirke so bis in die Gesellschaft hinein. Dadurch könne es auch in einer Regierung zu Veränderungen kommen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

ACK mahnt Einsatz für den

Frieden in Syrien an

Frankfurt am Main, 19.09.2013/APD Einen unablässigen Einsatz gegen die Spirale der Gewalt in Syrien forderte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland, der römisch-katholische Bischof Karl-Heinz Wiesenmann (Speyer), während der ACK-Mitgliederversammlung am 18. und 19. September in Freising an. Es brauche für Syrien ein nachhaltiges Friedenskonzept. Die ersten diplomatischen Schritte zur Konfliktlösung müssten weiter aufgenommen und verfolgt werden. Für Syrien wünsche sich der Geistliche den Frieden im biblischen Sinn, hebräisch Schalom: „Schalom ist von seiner biblischen Bedeutung her mehr als das Ruhen der Waffen, mehr als das Ende eines Konflikts. Ein solcher Friede meint: Heil, Glück, Ruhe und Geborgenheit. Frieden für alle und nicht nur für wenige auf Kosten anderer.“

Als neuer Referent der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurde Pfarrer Marc Witzenbacher (42) der Mitgliederversammlung vorgestellt. Seit 1. September hat er neben dem Arbeitsfeld „Dialog, Mission und Kultur“ auch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der ACK übernommen. Marc Witzenbacher hat in Tübingen Theologie studiert und nach dem Studium als Journalist im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gearbeitet, bevor er 2002 Pressesprecher der Evangelischen Landeskirche in Baden wurde. In den letzten beiden Jahren hatte er die theologische Leitung des Evangelischen Diakoniekrankenhauses Freiburg inne.

Der 1948 gegründeten Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland gehören 17 Kirchen als Mitglieder an. Vier Kirchen sind Gastmitglieder und vier ökumenische Organisationen haben Beobachterstatus. Die ACK repräsentiert etwa 50 Millionen Christen in Deutschland. Die Mitglieder, Gastmitglieder und Beobachter entsenden Delegierte in die ACK, die zweimal im Jahr zur Mitgliederversammlung zusammenkommen. Alle drei Jahre wählt die Mitgliederversammlung den Vorstand

der ACK. Derzeit ist der Speyerer Bischof Dr. Karl-Heinz Wieseemann Vorsitzender. Die Geschäftsstelle der ACK in Deutschland, genannt „Ökumenische Centrale“, hat ihren Sitz in Frankfurt am Main.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Erweiterung der adventistischen Kurzwellenstation auf Guam

Silver Spring, Maryland/USA, 18.09.2013/APD Nach zweijähriger Bauzeit konnte die Erweiterung der Kurzwellenstation von „Adventist World Radio“ (AWR) in Agat auf der westpazifischen Insel Guam abgeschlossen werden. Laut AWR-Präsident Pastor Dowell Chow (Silver Spring, Maryland/USA) erhöhe sich damit die Leistung der Station um etwa 25 Prozent. Die Kosten bezifferte er auf rund drei Millionen US-Dollar (2,3 Millionen Euro). Von Guam aus könnten Hörer in Ländern wie China, Nordkorea, Myanmar, Vietnam, Indonesien und Nepal die „Botschaft der Hoffnung“ in ihrer eigenen Sprache hören. Derzeit strahle der Sender Programme mit insgesamt 287 Stunden pro Woche in 35 Sprachen aus. Es handele sich in Guam um die einzige Kurzwellenstation, die „Adventist World Radio“ selbst besitze. In anderen Teilen der Welt würde AWR Sendezeit bei kommerziellen Kurzwellensendern mieten.

Laut Brook Powers, Chefsingenieur von AWR Guam, sei im letzten

Jahr einer der sechs vorhandenen Sendetürme umgesetzt worden, um eine Niederfrequenz-Antenne gegen eine mit höherer Frequenz auszutauschen. In einer weiteren arbeitsintensiveren Phase wäre ein neuer, 68 Meter hoher Sendeturm errichtet worden. Das Wetter habe dabei eine große Rolle gespielt, da die Arbeiten auf Guam während der sechs Monate andauernden Trockenzeit hätten abgeschlossen werden müssen. In der Bauzeit seien einige Programme von kommerziellen Kurzwellensendern in Sri Lanka und Europa ausgestrahlt worden, um die Zuhörer ohne Unterbrechung erreichen zu können. Die AWR-Kurzwellenstation auf Guam nahm 1987 den Sendebetrieb auf und feierte im letzten Jahr das 25-jährige Jubiläum.

„Adventist World Radio“ mit Sitz in Silver Spring, Maryland/USA, wurde 1971 von der Freikirche der Siebententags-Adventisten gegründet und will vor allem Menschen im sogenannten „10/40 Fenster“ mit dem Evangelium erreichen. In dem Gebiet zwischen dem 10. und 40. Breitengrad, das von Westafrika bis Ostasien reicht, seien Christen meist eine verschwindende Minderheit. Außerdem spezialisiere sich AWR auf weitere Länder, in denen aus geografischen, politischen oder religiösen Gründen die Verkündigung der christlichen Botschaft von Mensch zu Mensch kaum möglich sei. AWR sendet zur Zeit in 116 Sprachen über Kurzwelle, UKW, Mittelwelle, Satellitenradio und Internet. Viele Sendungen sind auch als Audiodateien erhältlich, die im Internet als Podcast heruntergeladen werden können.

Schwerpunkt der Arbeit von AWR ist immer noch die Kurzwelle, wobei in 73 Sprachen Programme über die Kurzwellensender Wertachtal und Nauen/Deutschland, Moosbrunn/Österreich, Issoudun/Frankreich, Meyerton/Südafrika, Talata-Volonondry/Madagaskar, Trincomalee/Sri Lanka, Taibei/Taiwan und Agat/Guam ausgestrahlt werden. Über die Satelliten Hotbird 6 (Europa/Nordafrika/Naher und Mittlerer Osten), Intelsat 706 (Afrika/Europa), VT Communications (Asien/Afrika/Europa) und NSS 806 (Lateinamerika/USA) sind ebenfalls AWR-

Rundfunksendungen zu empfangen. AWR unterhält neben der Zentrale in Silver Spring/USA, die auch für Sendungen in Nord- und Südamerika zuständig ist, Regionalbüros in Bracknell/England für Europa und Afrika sowie in Batam/Indonesien und Agat/Guam für den asiatischen Raum.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Adventist Peace Fellowship mit neuem Internetauftritt

Los Angeles, Kalifornien/USA, 17.09.2013/APD Die Adventist Peace Fellowship (APF) hat ihren Internetauftritt neu gestaltet. Auf der englischsprachigen Website www.adventistpeace.org gibt es Informationen, Artikel, Dokumente und Medien zu den Bereichen Friedensförderung und Versöhnung, Bewahrung der Schöpfung, Gesundheit und Menschenrechte, Gewissensfreiheit sowie Rassen- und Geschlechtergerechtigkeit.

Adventist Peace Fellowship (APF) ist eine gemeinnützige Laienorganisation. Sie möchte das Bewusstsein für die Wichtigkeit des Friedensstiftens auf der Grundlage der Überzeugungen und des Erbes der Adventisten stärken. Die APF ist nicht der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten angegliedert, noch wird sie von ihr finanziert oder in irgendeiner Weise kontrolliert. Sie spricht auch nicht im Namen der Kirche. Die AFP lädt jedoch Adventisten und deren Freunde ein, sich an ihrem Netzwerk in der Arbeit der

Friedenserziehung zu beteiligen.

Die Website enthält auch eine Rubrik mit ehemaligen und gegenwärtigen Adventisten, die als Friedensstifter tätig waren oder sind: www.adventistpeace.org/peacemakers.

Als 1863 die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in den USA gegründet wurde, tobte der Amerikanische Bürgerkrieg, sodass die Kirchenleiter bei der Regierung in Washington die Anerkennung ihrer Glaubensgemeinschaft als Nichtkämpfer beantragten, die 1864 auch gewährt wurde. Die adventistische Kirchenleitung empfiehlt ihren Mitgliedern weltweit nach der Einberufung zum Militär die Kriegsdienstverweigerung oder den waffenlosen Dienst in der Armee, wovon die meisten Gebrauch machten. Eine andere Gewissensentscheidung werde jedoch akzeptiert.

Obwohl die Freikirchenleitung die persönliche Gewissensüberzeugung ihrer Mitglieder in Sachen Wehrdienst achte, hätten in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 fast alle wehrpflichtigen Adventisten von ihrem Recht auf Kriegsdienstverweigerung Gebrauch gemacht und Zivildienst geleistet. In der ehemaligen DDR habe es nur die Möglichkeit gegeben, als Wehrpflichtiger einen waffenlosen Dienst als Bausoldat zu leisten. Dazu hätten sich etwa 90 Prozent der wehrpflichtigen Adventisten gemeldet, obwohl dies mit beruflichen Nachteilen verbunden gewesen sei.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Werkbrief über Menschenrechte für Jugendliche erschienen

München, 16.09.2013/APD Mit den Menschenrechten befasst sich der von der Katholischen Landjugend Bayerns (KLJB) herausgegebene „Werkbrief für die Landjugend“ mit dem Titel „Meine Rechte, deine Rechte, unsere Rechte“. Die 160-seitige Publikation vermittelt laut KLJB-Referentin für Internationale Arbeit, Monika Aigner, im ersten Teil grundlegende Informationen zur Menschenrechtsbildung, und zu den Menschenrechten. Im zweiten Teil würden sieben von ihnen näher beleuchtet, die für Jugendliche besonders interessant und relevant sein könnten. Dabei gehe es um das Recht auf freie Meinungsäußerung, Bildung, Erholung und Freizeit, Nahrung, Religionsfreiheit, Arbeit sowie Asyl. Hierbei würde eine Vielzahl von Methoden für die Gruppenarbeit aufgezeigt. Dazu gehörten auch Interviews zum Alltag von Menschenrechtlern und Menschenrechtlerinnen. Im „Nachschlag“ würden einzelne Menschenrechtler und Menschenrechtsorganisationen vorgestellt und wichtige Begriffe erläutert.

Zum Recht auf Religionsfreiheit wurde als „Menschenrechtler im Alltag“ Dr. jur. Harald Mueller (51) interviewt. Er ist hauptberuflich Richter am Amtsgericht Hannover, ehrenamtliches Mitglied des Deutschen Vereins für Religionsfreiheit e. V. und Leiter des Instituts für Religionsfreiheit an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg.

Laut Mueller verfolge das Institut das Ziel, die Religionsfreiheit zu fördern. „Dazu beobachten wir die politisch-gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land einschließlich der gesetzgeberischen Aktivitäten.“ Auf dieser Grundlage sei es möglich, Antworten auf konkrete Anfragen zu geben, Hilfestellung zu leisten und auch Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. „Unser Einsatz ist konfessionsübergreifend.“

Da gebe es beispielsweise die Anfrage eines römisch-katholischen Gläubigen, der darunter gelitten habe, dass er seine geschiedene Lebensgefährtin, die an einer katholischen Schule Lehrerin war, nicht heiraten durfte, ohne dass Konsequenzen für deren Anstellung zu befürchten waren. Das Institut hätte laut Mueller die Frage nach den juristischen Regularien beantworten, aber das zugrunde liegende theologische Problem natürlich nicht lösen können. Es gebe auch Anfragen von Menschen, die Probleme mit religiösen Ruhetagen hätten, wenn diese mit Anforderungen im beruflichen und schulischen Bereich kollidierten. Etwa von Siebenten-Tags-Adventisten, die den Samstag als biblischen Ruhetag betrachteten und an diesem Tag nicht arbeiten würden. Hier versuche das Institut, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen, eine Lösung zu finden. Die Erfahrung zeige, dass es am besten sei, auf möglichst unterer Ebene zu einer Regelung zu gelangen. Juristische Auseinandersetzungen kämen nur als letztes Mittel in Betracht.

Die historische Entwicklung habe gezeigt, dass eine enge Verbindung zwischen Kirche und Staat für die Religionsfreiheit nicht förderlich sei, genauso wenig wie ein strikter Laizismus und Säkularismus, gab Harald Mueller zu bedenken. Mit dem derzeitigen System der weitgehenden Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften „können wir in Deutschland durchaus gut zurechtkommen“. Wichtig sei, wie in der Praxis mit religiösen Minderheiten umgegangen werde. „Dies ist ein Gradmesser für die Gewährung der Religionsfreiheit.“ Hier habe sich die Situation in der Bundesrepublik allerdings geändert. Während die großen christlichen Kirchen an Bedeutung zu verlieren scheinen, trete der Islam stärker hervor, was neue Herausforderungen mit sich bringe. „Meine Sorge ist“, so Mueller, „dass sich durch die veränderte Situation unberechtigte Abwehrhaltungen aufbauen und religiöse Minderheiten nicht gern gesehen werden, weil ihre Anliegen zahlenmäßig zunehmen und dadurch lästiger werden.“ Das Ausmaß der Gewährung der Religionsfreiheit dürfe jedoch keinesfalls

davon abhängen, wie viele Menschen sie in Anspruch nähmen und wie unbequem das Finden von Lösungen eventuell werde.

Weitere Informationen zum Werkbrief sind im Internet unter www.kljb-bayern.de/aktuell/news/neuer-werkbrief-menschenrechte-meine-deine-unsere-rechte.html zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Krankenhaus "Waldfriede" eröffnet "Desert Flower Center"

Hilfe für Opfer der weiblichen Genitalverstümmelung

Berlin, 15.09.2013/APD Medizinische und psychosoziale Hilfe erhalten Frauen, die Opfer einer Genitalverstümmelung (Female Genitale Mutilation – FGM) wurden, ab sofort im Krankenhaus „Waldfriede“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Zehlendorf. Dort wurde am 11. September das „Desert Flower Center Waldfriede“ gegründet. Der Name geht auf das Wirken des ehemaligen Topmodels und der früheren UN-Sonderbotschafterin Waris Dirie (48) zurück, die durch ihre Biografie „Wüstenblume“ (englisch: Desert Flower) und den gleichnamigen Film weit bekannt wurde. Darin schildert die gebürtige Somalierin, die selbst mit fünf Jahren Opfer von FGM wurde, ihren Leidens- und Lebensweg. Waris Dirie eröffnete das Berliner Zentrum und übernahm auch die Schirmherrschaft. Damit

ist „Waldfriede“ Kooperationskrankenhaus der von ihr 2002 gegründeten „Desert Flower Foundation“, Wien, und weltweit die erste Einrichtung, die Opfer von Genitalverstümmelung ganzheitlich betreut.

Ein Traum wurde wahr

„Ein Traum ist wahr geworden“, freute sich Waris Dirie in ihrer Ansprache zur Eröffnung des Zentrums. Das „Desert Flower Center Waldfriede“ werde etwas Glück in das Leben vieler afrikanischer Frauen bringen. Es sei ein Erfolg für sie im Kampf gegen die Genitalverstümmelung, „aber der Kampf ist noch lange nicht vorbei“. Weibliche Genitalverstümmelung habe nichts mit Kultur, Religion oder Tradition zu tun. Sie sei Folter und ein Verbrechen, das bekämpft werden müsse.

Ein medizinischer Eingriff könne diesen Frauen helfen, denn jeder Gang zur Toilette oder jeder Geschlechtsverkehr sei eine Qual, gab der Geschäftsführer des Krankenhauses „Waldfriede“, Bernd Quöß, zu bedenken. Bei der Genitalverstümmelung würden einem jungen Mädchen die Klitoris sowie häufig auch die inneren und äußeren Schamlippen abgeschnitten. Weltweit seien nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 150 Millionen Frauen, vor allem in Afrika, im Süden der arabischen Halbinsel und in Asien, beschnitten. Auch in Deutschland lebten etwa 50.000 Opfer mit FGM. Die Berliner Klinik sei auf Eingriffe am Darm- und Beckenboden spezialisiert. Doch ein medizinischer Eingriff reiche für die meist traumatisierten Frauen nicht aus. Deshalb stünden für sie auf Wunsch auch Psychologen, Seelsorger, Psychologen und Dolmetscher bereit. Die Kosten für die Behandlung übernahmen die Krankenkassen, sofern die Patientinnen in Deutschland versichert seien. Liege kein Versicherungsschutz vor, werde die Therapie durch Spenden finanziert. Dafür habe das Krankenhaus einen Förderverein gegründet, informierte Quöß.

Dr. Roland Scherer (50), Chefarzt des „Zentrums für Darm- und Beckenbodenchirurgie“ im Krankenhaus „Waldfriede“, beschäftige das Thema FGM und die Behandlung von rektovaginalen Fisteln,

eine Folge der weiblichen Genitalverstümmelung, schon seit vielen Jahren. Um betroffenen Frauen zu helfen, habe er 2012 gemeinsam mit Bernd Quoß Kontakt zur „Desert Flower Foundation“ in Wien aufgenommen und dabei auch die Gründerin Waris Dirie kennengelernt. Bei den medizinischen Eingriffen gehe es laut Scherer um die Behandlung von Komplikationen nach FGM, wie Vernarbungen, Scheiden-Darm-Fisteln, Scheiden-Blasen-Fisteln, Schließmuskelverletzungen sowie Harn- und Stuhlinkontinenz. Auch die Plastische Wiederstellungschirurgie zur Rekonstruktion der Klitoris und des äußeren Genitales sei möglich, ebenso eine psychosoziale Betreuung und Beratung.

Die medizinischen Behandlungsmöglichkeiten erläuterte bei der Eröffnung des Zentrums in einem Fachvortrag der Pariser Chirurg Pierre Foldès, der in Zusammenarbeit mit dem Urologen Jean-Antoine Robein die Operationstechnik entwickelte, um Schäden von FGM zu beseitigen.

„Ich bin meinem Vater noch heute unendlich dankbar“

„Wenn du nicht beschnitten bist, bist du keine Frau, sondern ein kleines Mädchen.“ Mit diesen Worten werde in bestimmten Kulturen Druck ausgeübt, betonte die aus Afrika stammende Mitarbeiterin der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA, Evelyn Brenda, welche in Kaijado (Kenia) ein Internat betreut, das Mädchen Zuflucht vor Beschneidung und Zwangsheirat bietet. Um hier ein Umdenken zu bewirken, müssten alle Familienmitglieder einschließlich der Männer mit einbezogen werden. Wo sich durch schulische Bildung und Aufklärung die Stellung der Frauen verbessere, könne die Genitalverstümmelung zurückgedrängt werden. Sie selbst sei als einzige Frau ihrer Familie von diesem Ritual verschont geblieben, weil ihr Vater es nicht wollte. „Dafür bin ich ihm noch heute unendlich dankbar“, betonte sie. In einem weiteren Projekt kümmere sich Brenda in Kenia auch um Frauen, die durch Genitalverstümmelung inkontinent geworden seien. Operativ könne in vielen Fällen Abhilfe geschaffen werden.

Das „Desert Flower Center Waldfriede“ hat inzwischen seine

Arbeit aufgenommen. Bereits einen Tag nach der Eröffnung wurden zwei Patientinnen aus Dschibuti und Äthiopien operiert.

Das seit 1920 in Berlin-Zehlendorf bestehende Akutkrankenhaus „Waldfriede“ verfügt über 170 Betten. Es ist unter anderem Mitglied im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, im Verband Evangelischer Krankenhäuser und stationärer Einrichtungen Berlin-Brandenburg, im Evangelischen Verband für Altenarbeit und Pflegerische Dienste (EVAP) sowie Teil des weltweiten „Adventist Health System“ der Siebenten-Tags-Adventisten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Spannungsfeld zwischen Glaubenspraxis und staatlichem Anspruch

Bundesverwaltungsgericht entscheidet über Schwimmunterricht und Filmbesuch

Friedensau bei Magdeburg, 13.09.2013/APD Das Bundesverwaltungsgericht hat am 11. September 2013 zwei Entscheidungen gefällt, die Auswirkungen auf die Religionsfreiheit an öffentlichen Schulen haben, teilte Dr. Harald Mueller, Leiter des Instituts für Religionsfreiheit an der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg, mit. In dem einen Fall ging es um eine muslimische Schülerin, die am gemeinsamen Schwimmunterricht von Jungen und Mädchen eines

Gymnasiums nicht teilnehmen wollte. Das Gericht habe entschieden, dass es ihr zumutbar sei, in muslimisch zugelassener Bekleidung (Burkini) an diesem Unterricht teilzunehmen. Das Argument, sie wolle nicht mit dem Anblick von Jungen konfrontiert werden, die in Badebekleidung erscheinen, die nicht den muslimischen Bekleidungs Vorschriften entsprechen, ließ das Bundesverwaltungsgericht nicht gelten. Das Grundrecht der Religionsfreiheit gewähre keinen Anspruch darauf, in der Schule nicht mit den Verhaltensgewohnheiten Dritter konfrontiert zu werden, die außerhalb der Schule an vielen Orten im Alltag verbreitet seien. Die Schulpflicht stehe nicht unter dem Vorbehalt, dass die Unterrichtsgestaltung die gesellschaftliche Realität ausblende, wenn sie im Lichte individueller religiöser Vorstellungen als anstößig empfunden werde.

Diese Entscheidung sei gut nachvollziehbar, so Mueller, insbesondere auch deshalb, weil die religiösen Belange der betroffenen Schülerin bei der Abwägung der beteiligten Rechtsgüter nicht völlig außen vor geblieben seien. Sie müsse zwar am Schwimmunterricht teilnehmen, dürfe dies aber in einer den Körper weitgehend verhüllenden Bekleidung tun.

Die andere Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 11. September betraf einen Jungen, der die siebte Klasse eines Gymnasiums besuchte, und dessen Eltern den Zeugen Jehovas angehörten. Im Deutschunterricht wurde das Buch „Krabat“ von Ottfried Preußler besprochen. Außerdem sollte der Film „Krabat“ des Regisseurs Marco Kreuzpaintner besucht werden. Die Eltern wollten ihren Sohn von der Teilnahme befreien lassen, weil im Film Praktiken der schwarzen Magie gezeigt würden. Das Bundesverwaltungsgericht wies dieses Argument zurück. Eine Unterrichtsbefreiung könne nur ausnahmsweise verlangt werden. Regelmäßig sei hierfür erforderlich, dass den religiösen Belangen des Betroffenen eine besonders gravierende Beeinträchtigung drohe und der schulische Wirkungsauftrag im Vergleich dazu lediglich nachrangig berührt werde. Letzteres

sei im vorliegenden Fall nicht erfüllt, weil es Aufgabe der Schule sei, die nachwachsende Generation vorbehaltlos und möglichst umfassend mit Wissensständen der Gemeinschaft und ihrem geistig-kulturellen Erbe vertraut zu machen.

Anders als im Schwimmunterrichtsfall habe es hier keine Möglichkeit zum Kompromiss gegeben, meinte Mueller. Das Bundesverwaltungsgericht hätte bei der Güterabwägung die Religionsfreiheit des Schülers und seiner Eltern vor den Ansprüchen des staatlichen Bildungsauftrags zurücktreten lassen.

Beide Entscheidungen zeigten, so der Leiter des Instituts für Religionsfreiheit, das Spannungsfeld, in dem sich individuelle Glaubenspraxis und staatlicher Anspruch – hier der schulische Bildungsauftrag – gegenüberstehen könnten. In den hier zugrundeliegenden Sachverhalten ginge es darum, dass die betroffenen Schüler die Berührung mit bestimmten Einflüssen abwehren wollten. Es sei wichtig zu beachten, dass die hierfür bestehenden Grenzen der Religionsfreiheit, wie sie das Bundesverwaltungsgericht gezogen habe, nicht übertragbar auf Fälle seien, wo beispielsweise wegen religiöser Ruhetage die Befreiung von Unterrichtsveranstaltungen beantragt

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

**ADRA entsendet 18 Jugendliche
zum sozialen Einsatz ins**

Ausland

Weiterstadt bei Darmstadt, 12.09.2013/APD Auch in diesem Jahr hätten sich bei der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland wieder zahlreiche Jugendliche beworben, um sich ein Jahr lang sozial im Ausland zu engagieren, teilte ADRA-Direktor Christian Molke (Weiterstadt) mit. ADRA habe 18 Freiwillige ausgewählt, die im August ihre Reisen nach Albanien, Bolivien, Costa Rica, Ecuador, Kenia, auf die Philippinen und in die Republik Moldau angetreten hätten.

ADRA biete verschiedene Möglichkeiten, sich nach der Schule, der Ausbildung oder während der Wartezeit auf einen Studienplatz, ein Jahr lang sozial zu engagieren; ob im Inland (Freiwilliges Soziales Jahr und Bundesfreiwilligendienst) oder im Ausland im Rahmen von „weltwärts“ oder beim „Internationalen Jugendfreiwilligendienst“. Auf der Website <http://live.adra.de> gebe es ausführliche Informationen über Voraussetzungen, Einsatzgebiete und Abläufe eines möglichen Dienstes. Außerdem könne in den Berichten von aktuellen Teilnehmern und Ehemaligen gestöbert und sich mit ihnen über ihre Erfahrungen ausgetauscht werden. Dringend gesucht würden zurzeit Freiwillige mit pädagogischer Ausbildung für einen Einsatz in Mexiko.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Wenn Entwicklungshelfer in Kriegsgebiete ziehen

Weiterstadt bei Darmstadt, 11.09.2013/APD Aufgeregt kommen uns die Einwohner von Rabiastan entgegen, es hat einen Unfall gegeben. Sie suchen jemanden, der medizinische Hilfe leisten kann. Und während wir noch überlegen, wie wir vorgehen wollen, wird eine Handgranate nach uns geworfen. Ein lauter Knall und wir sind alle tot. Dann kommt ... „Schnitt!“

Was sich dramatisch anhört, sei Teil eines Trainings der „Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz“ (AKNZ), einer Abteilung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK), teilte Fritz Neuberg, Assistent des Pressesprechers der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, mit. „Rabiastan“ sei ein erfundenes Land, die Handgranate echt, aber nur die Hülle, und der Knall werde durch einen Knallkörper verursacht. Die ganze Situation sei Teil einer Übungseinheit gewesen, die Einheimischen wären Ausbilder aus Österreich, Deutschland und Finnland gewesen.

Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und anderen Organisationen, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, sollten in einem einwöchigen Training für den Einsatz im Ausland lernen. Ziel sei es gewesen, sie für mögliche Gefahren in ihren Einsatzgebieten zu sensibilisieren und zu lernen, professionelle Lösungen für komplexe Situationen zu finden. Das geschehe auf einem riesigen Gelände, betreut durch Fachleute von Feuerwehr, Polizei, Technischem Hilfswerk (THW) und Militär.

„Wer nun meint, dass Minen und terroristische Anschläge zu den meisten Unfällen und Todesopfern führen, der irrt: Noch immer ist es der Straßenverkehr, der die größte Gefahr für Entwicklungshelfer darstellt“, teilte Neuberg mit. Jährlich

würden Hunderte Mitarbeiter dabei verletzt, teilweise schwer. „Während des Trainings bei der AKNZ erzählt mir eine Mitarbeiterin einer anderen Hilfsorganisation, dass ihr Ehemann, der im gleichen Berufsfeld arbeitet, vor kurzem einen schweren Autounfall hatte: Der einheimische Fahrer war eingeschlafen. Zum Glück kam bei diesem Unfall niemand ums Leben.“

Raub und Diebstahl stünden an zweiter Stelle. Aber diese Reihenfolge könne oder werde sich in Zukunft ändern, mutmaßt Fritz Neuberg. Hilfsorganisationen würden vermehrt das Ziel krimineller und terroristischer Angriffe sein, um politisches Kapital daraus zu schlagen. „Man möchte jeden Einfluss aus dem Ausland unterbinden, um so die alleinige Kontrolle über die einheimische Bevölkerung zu haben.“ Bisher seien es die Hilfsorganisationen gewesen, die Hilfe brachten, das zum Leben Notwendige besorgten und ein Stück Zukunft und Hoffnung aufbauten. Das solle – so die Auffassung krimineller und terroristischer Gruppen – in Zukunft allein durch sie selbst geschehen oder auch nicht.

Dazu beigetragen hätte leider die Vermischung militärischen Engagements mit angeblicher „Entwicklungshilfe“, kritisierte Neuberg. Dieselben Soldaten, die zuvor die Wohnung der Einheimischen stürmten und durchsuchten, sollten ihnen jetzt beim Aufbau helfen. Gleichzeitig setzten immer mehr Armeen Fahrzeuge in weißer Farbe ein, bisher ausschließlich Merkmal des Roten Kreuzes, der UN und der Hilfsorganisationen. Dass in diesem Durcheinander für die Einheimischen nicht mehr klar sei, wo echte Hilfe herkäme, wäre leicht einzusehen. Das würden Kriminelle und Terroristen ausnutzen.

Und zu guter Letzt seien korrupte Regime froh, wenn nicht mehr sorgfältig arbeitende, organisierte Hilfsorganisationen die finanziellen Mittel aus dem Ausland umsetzten und abrechneten, sondern sie selbst. Denn wo keine Hilfsorganisationen mehr hineinkämen, bleibe oft nur die Kooperation mit dem Regime.

Die Zukunft bringe, laut Fritz Neuberg, für die Mitarbeiter von Hilfsorganisationen neue Herausforderungen. „War man bisher zufällig Betroffener eines Anschlags, so wird man in Zukunft vermehrt das direkte Ziel sein.“ Deshalb sei es absolut verantwortungsbewusst und notwendig, wenn die Leitung von Hilfsorganisationen ihre Mitarbeiter auf dem Gebiet der Sicherheit schule.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

ADRA entsendet 18 Jugendliche zum sozialen Einsatz ins Ausland

Weiterstadt bei Darmstadt, 10.09.2013/APD Auch in diesem Jahr hätten sich bei der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland wieder zahlreiche Jugendliche beworben, um sich ein Jahr lang sozial im Ausland zu engagieren, teilte ADRA-Direktor Christian Molke (Weiterstadt) mit. ADRA habe 18 Freiwillige ausgewählt, die im August ihre Reisen nach Albanien, Bolivien, Costa Rica, Ecuador, Kenia, auf die Philippinen und in die Republik Moldau angetreten hätten.

ADRA biete verschiedene Möglichkeiten, sich nach der Schule, der Ausbildung oder während der Wartezeit auf einen Studienplatz, ein Jahr lang sozial zu engagieren; ob im Inland (Freiwilliges Soziales Jahr und Bundesfreiwilligendienst) oder

im Ausland im Rahmen von „weltwärts“ oder beim „Internationalen Jugendfreiwilligendienst“. Auf der Website <http://live.adra.de> gebe es ausführliche Informationen über Voraussetzungen, Einsatzgebiete und Abläufe eines möglichen Dienstes. Außerdem könne in den Berichten von aktuellen Teilnehmern und Ehemaligen gestöbert und sich mit ihnen über ihre Erfahrungen ausgetauscht werden. Dringend gesucht würden zurzeit Freiwillige mit pädagogischer Ausbildung für einen Einsatz in Mexiko.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

ADRA weitet Hilfe für Flüchtlinge in Burkina Faso aus

Weiterstadt bei Darmstadt, 09.09.2013/APD Nach dem politischen Umsturz in Mali im März 2012 flohen über 46.000 Bewohner aus ihrer Heimat in das westafrikanische Nachbarland Burkina Faso. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland habe daher laut Mirjam Greilich (Weiterstadt), Mitarbeiterin des Hilfswerkes, über 2.900 Flüchtlingsfamilien in den Camps Damba, Mentao und Saag Nionogo mit Haushalts- und Lebensmittelpaketen versorgt.

Weil noch immer Tausende Malier in Burkina Faso wohnten und auf Hilfe von außen angewiesen seien, weite ADRA die Hilfe aus und habe auch in diesem Jahr mit einem Hilfsprojekt begonnen.

Von März 2013 bis Januar 2014 versorge es Flüchtlinge in den Provinzen Houet, Kadiogo, Soum und Séno im Bereich Wasser, sanitäre Unterstützung und Hygiene. Die Hilfe komme vor allem schwangeren und alleinerziehenden Frauen, Witwen und älteren sowie behinderten Menschen zugute.

Besonders in den Flüchtlingscamps von Mentao und Goudebo benötigten die Menschen Unterstützung, so Greilich. In Mentao müssten sich über 1.500 Flüchtlinge einen Brunnen teilen. So könnten sich die Familien nicht ausreichend mit Wasser versorgen. In Mentao und Goudébo baue ADRA daher jeweils zwei große Brunnen auf. Zusätzlich errichte es 300 Toiletten und 300 Duschen in Mentao, um auch die Hygiene der Menschen sicherzustellen und dem Ausbruch von Krankheiten vorzubeugen.

Selbst im Bereich der Nahrungsmittelversorgung werde ADRA aktiv. Von vielen Hilfsorganisationen erhielten die Bedürftigen Reis und Bohnen, doch könnten die Familien mit diesen, ihnen ungewohnten Nahrungsmitteln nicht viel anfangen. ADRA versorge die Bewohner der Flüchtlingscamps daher mit regionaler Nahrung wie Hirse. Insgesamt verteile das Hilfswerk an 35.000 Flüchtlinge in Menato, Saag Nioniogo und Bobo jeweils 15 Kilogramm Hirse. Um langfristig die Nahrungsversorgung der Flüchtlinge zu sichern, lege ADRA mit Hilfe von Campbewohnern und Bewohnern der umliegenden Dörfer drei Gemüsegärten an, zwei in Mentao und einen in Saag Nionogo. Zusätzlich erhielten Frauen in den Camps eine Anleitung, wie sie die Nahrungsmittel am besten zubereiten könnten.

Die meisten Flüchtlinge seien nur mit einem Rucksack nach Burkina Faso gekommen und lebten jetzt in Flüchtlingscamps, berichtete Mirjam Greilich. ADRA unterstütze die Flüchtlinge daher zusätzlich mit insgesamt 5.000 Matten und Decken zum Schlafen. Diese würden im Lager in Bobo verteilt. Insgesamt profitierten über 15.000 Familien von diesem Projekt, das vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland finanziell gefördert werde.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"APD-Schau" beim "Hope Channel Radio"

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 08.09.2013/APD Seit 6. September gibt es mit der „APD-Schau“ ein neues Programm beim „Hope Channel Radio“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Judith Christiansen und Joachim Lippert fassen zusammen, was die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) Aktuelles zu berichten hat. Alle zwei Wochen ist die „APD-Schau“ freitags um 17 Uhr zu hören. Sie wird sonntags um 11 und 20 Uhr wiederholt.

„Hope Channel Radio“ ist über den Satelliten „Astra“, im Internet als Livestream und Podcast sowie über das Telefon zu empfangen. Programmheft und weitere Informationen unter www.hopechannel.de/radio.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Fünf Jahre "Hope Channel Radio"

65 Jahre „Stimme der Hoffnung“

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 05.09.2013/APD „Das Ohr wird mehr genutzt als die Augen“, behauptete Pastor Christian Vogel, Chefredakteur von „Hope Channel Radio“, während des Empfangs zum fünfjährigen Jubiläum des Rundfunksenders der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, der sein 24 Stundenprogramm seit dem 1. September 2008 über den Satelliten „Astra“ ausstrahlt. Der deutsche Bundesbürger verwende durchschnittlich mehr Zeit zum Radiohören als zum Fernsehen, so Vogel. Rund 80 Prozent der Bevölkerung hörten täglich Radio, und 60 Prozent hätten großes Vertrauen in das Medium. Allein in Deutschland existierten etwa 370 öffentlich-rechtliche und private Radiostationen.

„Das Jubiläum feiern wir deshalb gern, weil wir seit fünf Jahren einen eigenem Rundfunksender mit Sendelizenz haben“, betonte Vogel. Damit hätte die Hörerzahl vervielfacht werden können, denn zuvor seien die Rundfunkprogramme der „Stimme der Hoffnung“, die seit 2008 den Namen „Hope Channel Radio“ tragen, nur über das Internet und andere Sender zu empfangen gewesen. Gleichzeitig feiere die adventistische „Stimme der Hoffnung“ aber auch ihr 65-jähriges Jubiläum. Die ersten Radiosendungen seien bereits 1948 über „Radio Luxemburg“ und bald darauf auch über andere Mittel- und Langwellenstationen sowie über die Kurzwelle ausgestrahlt worden.

Vor Jahren habe man unter einem Radio noch ein eigenes Empfangsgerät, ausgerüstet mit Röhren, Transistoren, Reglern, Lautsprechern und Kabeln verstanden, sagte der Chefredakteur. Heute empfangen man Radio als Programm, das über verschiedene Medien gespielt oder abgerufen werden könne. Handys, Tablets, Computer, digitale Radios oder TV-Satellitenreceiver seien die

Empfangsgeräte für Rundfunkprogramme. Auf diese Weise erlebe das Radio eine Renaissance.

Radioprogramme zu produzieren bedeute, Inhalte schaffen, die dem Leben dienen, neue Perspektiven vermitteln und Menschen mit Gottes Wort in Berührung bringen, gab Christian Vogel zu bedenken. „Weltweit gesehen, erleben wir viel Intoleranz und Fanatismus, besonders was den Glauben betrifft. Da können und wollen wir nicht schweigen. Unser Rundfunksender sieht seine Aufgabe auch als Friedensstifter im Sinne der Bergpredigt Jesu.“ Für „Hope Channel Radio“ hätten alle Nationen und Kulturen die gleichen Rechte und den gleichen Wert. „Durch unser Reden, Erzählen und Berichten wollen wir ermutigen, trösten, neue Perspektiven öffnen, kritisch sein, im Klartext sprechen und Neuorientierung geben. Mit Musik wollen wir gute Stimmung erzeugen und fröhlich machen, aber auch zur Besinnung führen und verkünden, wie Gott in unserem Leben wirkt.“

Bescheidene Anfänge

1948 hätten die Gründer der „Stimme der Hoffnung“ mit amerikanischer Unterstützung begonnen, religiöse Sendungen über Radio Luxemburg auszustrahlen, berichtete Vogel. Mangels eines geeigneten Studios seien die Programme zunächst in Paris aufgezeichnet worden. Dann wäre es Pastor Max Busch gelungen, ein „Studio“ mit einem einfachen Tonbandgerät und hektographierten Texten in einem Berliner Keller einzurichten. Die „Stimme der Hoffnung“ sei damit der älteste christliche private Radioanbieter Deutschlands.

1959 zog sie von Berlin-Zehlendorf nach Darmstadt um. Doch auch hier seien die Arbeitsbedingungen laut Pastor i. R. Erwin Kilian, von 1966 bis 1971 Geschäftsführer, sehr bescheiden gewesen. Es hätte zunächst nur ein Mikrofon in einem Keller des adventistischen Schulzentrums Marienhöhe gegeben. Ein Student habe ein Vollspur-Tonbandgerät mitgebracht, um Rundfunkaufnahmen zu produzieren. Später sei im Zentrum der Adventgemeinde Saarbrücken ein kleines Studio eingerichtet worden. Erst 1968 hätte ein eigenes Gebäude in Darmstadt-

Eberstadt bezogen werden können. In dieses seien auch die 1964 gegründete Blindenhörbücherei und das Bibelstudien-Institut mit seinen Fernkursen integriert worden. So wäre allmählich das Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ entstanden.

Austausch von Erinnerungen

In einer Gesprächsrunde während des Empfangs tauschten die früheren Geschäftsführer des Medienzentrums, die Pastoren Heinz Hopf (1971-1977), Arno Patzke (1977-1992), Günther Machel (1992-2002) und Matthias Müller (seit 2002), Erinnerungen aus. Laut Hopf sei es verboten gewesen, westdeutsche Zeitschriften in die DDR zu senden, und dennoch hätte das Mitteilungsblatt der „Stimme der Hoffnung“ per Privatbrief zahlreiche dankbare Empfänger erreicht. „Eine QSL-Karte wurde für Kurzwellenhörer entwickelt, und deren Anforderung zeigte, dass es in den Ostblockstaaten zahlreiche Hörer adventistischer Sendungen gab.“ Auch in der DDR hätten die Adventisten in Friedensau bei Magdeburg Sprach- und Musikproduktionen einschließlich verschiedener Hörspiele entwickelt. Die Tonbandkassetten seien trotz Überwachung durch die Volkspolizei unbemerkt über ostdeutsche Autobahnraststätten nach Westdeutschland geschmuggelt und für Radiosendungen der „Stimme der Hoffnung“ verwendet worden. Ein Kleinbus mit eingebautem Tonstudio wäre zudem in der Bundesrepublik, Österreich und der deutschen Schweiz unterwegs gewesen, um vor Ort Gottesdienste und evangelistische Veranstaltungen aufzunehmen. 1971 habe es die ersten Kurzwellensendungen über Radio Transeuropa (Sines/Portugal) gegeben. „Immer wenn die adventistischen Programme bei Radio Transeuropa in Sines/Portugal ausgestrahlt wurden, gingen in der UdSSR in der Nähe von Katarinenburg die Störsender in Betrieb.“ Doch 1990 hätten die Adventisten bei Radio Moskau gerade über diese Kurzwellenantennen ihre Beiträge senden können.

Die Einführung des privaten Rundfunks in der Bundesrepublik habe eine große Herausforderung für die „Stimme der Hoffnung“

bedeutet, erinnerte sich Arno Patzke. Die Kurzwellensendungen hätten eine halbe Stunde hauptsächlich mit Redebeiträgen umfasst. Doch im privaten Radio seien nur Beiträge mit einer Länge unter zwei Minuten zugelassen worden. So wäre 1984 das „Salzstreuer“-Konzept mit Kurzsendungen von 90 Sekunden entwickelt worden. Im lokalen Bürgerfunk habe es auch Sendezeiten bis zu einer halben Stunde gegeben. Davon hätten etliche örtliche Adventgemeinden Gebrauch gemacht, sodass das Medienzentrum die Ausbildung der lokalen Radioteams übernommen habe.

Als Günther Machel die Geschäftsführung der „Stimme der Hoffnung“ übernahm, habe sich für ihn die Frage nach der Nutzung der neuen Medien gestellt. 1996 sei das Medienzentrum für die technische Abwicklung der ersten Satellitenevangelisation der Freikirche im deutschsprachigen Raum verantwortlich gewesen. Die 26 Bibelvorträge von Pastor Mark Finley in Orlando/Florida wurden damals mit Simultanübersetzung in 114 deutsche Städte sowie 23 Orte in Österreich und drei der Schweiz übertragen. Die dazu notwendigen Geräte seien erst wenige Monate vorher zur Verfügung gestanden. „Mit der Internetarbeit wurde begonnen, und die ersten Fernsehproduktionen entstanden in einer Garage.“ Nicht nur am primitiven „Fernsehstudio“ habe sich gezeigt, dass die bisherigen Räumlichkeiten in Darmstadt für die gestiegenen Anforderungen nicht mehr ausreichen würden. Mit der Planung eines modernen Medienzentrums sei begonnen worden.

Große Pläne verwirklicht

2002 habe Pastor Matthias Müller, der neue Leiter der „Stimme der Hoffnung“, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erklärt, dass er Sendelizenzen für 24 Stunden Radio und Fernsehen pro Tag anstrebe. Doch das schien utopisch zu sein. Immerhin konnte Müller im März 2007 ein neues, modernes Medienzentrum mit Rundfunk- und Fernsehstudios in Alsbach-Hähnlein südlich von Darmstadt einweihen. Dort befinden sich

neben „Hope Channel Radio“ und „Hope Channel Fernsehen“ auch das Internationale Bibelstudien-Institut, die Blindenhörbücherei, die Bildagentur „churchphoto.de“ sowie ein Verkaufsshop mit den von der „Stimme der Hoffnung“ produzierten Videos, Musik-CDs und Hörbüchern. Weitere Informationen dazu im Internet unter www.stimme-der-Hoffnung.de.

Mit der Erteilung der Sendelizenzen für „Hope Channel Radio“ im Jahr 2008 und 2009 für „Hope Channel Fernsehen“ habe sich der Traum vom eigenen Rundfunk und Fernsehen rund um die Uhr nach Müller erfüllt. Dennoch gebe es ständig neue Herausforderungen und Veränderungen. So sende „Hope Channel Radio“ nicht mehr über die Kurzwelle. Trotzdem seien die Programme durch das Internet weltweit zu empfangen. Die Resonanz auf die Sendungen wäre so groß, dass die Hörerbetreuung hätte ausgebaut werden müssen.

Professor Wolfgang Thaenert (Kassel), Direktor der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen), dessen Behörde vor fünf Jahren die Rundfunklizenz erteilte, wies in seinem Grußwort darauf hin, dass „Hope Channel Radio“ zu den „pflegeleichten Kindern“ der Landesanstalt gehöre. Schon der Name „Hope – Hoffnung“ sei Programm. Hoffnung gebe Zuversicht. Diese Zuversicht gehe durch die Radiosendungen ins Ohr, bliebe im Kopf, wandere manchmal ins Herz und verändere damit auch zwischenmenschliche Beziehungen. Thaenert überreichte Geschäftsführer Matthias Müller ein Abbild der Skulptur „Man walking to the sky“ des US-amerikanischen Künstlers Jonathan Borofsky. Die Originalfigur steht auf dem Vorplatz des Kulturbahnhofs Kassel.

„Hope Channel Radio“ ist über den Satelliten „Astra“, im Internet als Livestream und Podcast sowie über das Telefon zu empfangen. Programmheft und weitere Informationen unter www.hopechannel.de/radio.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Freikirchen veröffentlichen Wahlprüfsteine

Wustermark bei Berlin, 04.09.2013/APD Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) hat im Vorfeld der Bundestagswahl am 22. September einen Fragenkatalog an die im Bundestag vertretenen Parteien geschickt. Alle Parteien gaben Auskunft über ihre Ziele, welche sie im Falle einer Regierungsbeteiligung nach der Wahl anstreben. Bei den Fragen geht es um die Themen Familie, Migration, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung, Frieden, das Verhältnis von Kirche und Staat, den Umgang mit Flüchtlingen und die älter werdende Gesellschaft.

Wie wollen die Parteien eine familienfreundliche Gesellschaft oder das Miteinander der Generationen fördern? Mit welchen Mitteln möchten sie Altersarmut verhindern, die Umweltbelastung verringern, den Export von Waffen in Krisenregionen unterbinden, Bildungsgerechtigkeit erreichen? Wie halten sie es mit der Aufnahme von Flüchtlingen, wie mit dem Religionsunterricht an Schulen? Einen Katalog mit 24 Fragen haben CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke der VEF beantwortet.

Autor des Fragenkatalogs ist VEF-Vorstandsmitglied Friedrich Schneider. Ihm sei es ein besonderes Anliegen, die Mitglieder der Freikirche zu ermutigen, „sich in der Verantwortung vor Gott für die Gesellschaft einzubringen und eine fundierte

Wahlentscheidung zu treffen“. Bei der Auswahl der Themen habe er versucht, sich nicht von parteipolitischen Vorlieben leiten zu lassen, sondern typische Fragen gestellt, „die Christen in der Mitverantwortung für diese Welt im Blick haben“. Diese Mitverantwortung beschreibt der VEF-Beauftragte am Sitz der Bundesregierung, Peter Jörgensen, als „christlichen Auftrag, zur Ehre Gottes und zum Wohl der Menschen zu handeln“. Hierzu gehöre für ihn auch, dass Christen am politischen Leben teilnehmen und dabei das Gemeinwohl im Blick haben: „Dem Gemeinwohl sind auch die Parteien verpflichtet. Darin wollen wir sie kritisch begleiten. Darum achten wir in Parteiprogrammen auf bestimmte Themen, die aus unserer Sicht wesentlich zum Wohlergehen gehören.“ Eine konkrete Wahlempfehlung der VEF komme für ihn allerdings nicht infrage. Es sei charakteristisch für das theologische Grundverständnis der Freikirchen, so Jörgensen, dass Christen „Themen persönlich und verantwortlich vor Gott klären“.

Auch für VEF-Präsident Ansgar Hörsting sei der christliche Glaube „eine entscheidende Kraft und Motivation zur Mitgestaltung der Gesellschaft“. Mit den Wahlprüfsteinen wolle die VEF bei Parteien und Politikern als glaubwürdiger Gesprächspartner aus der Mitte der Gesellschaft wahrgenommen werden: „Wir stellen unsere speziellen Fragen und denken konkret mit.“ Das geschehe auch durch die tägliche Arbeit von Peter Jörgensen, der als VEF-Beauftragter in Berlin die Themen der Freikirchen in den politischen Betrieb einbringen würde.

Die Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine der VEF sind im Internet unter www.vef.de/wahl2013 zu finden.

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen wurde 1926 gegründet. Ihr gehören zehn Mitglieds- und vier Gastkirchen an. Weitere Informationen bei www.vef.de.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

686 Schülerinnen und Schüler auf der Marienhöhe

Darmstadt, 03.09.2013/APD Das adventistische Schulzentrum Marienhöhe, Darmstadt, hat im neuen Schuljahr 686 Schülerinnen und Schüler, 42 mehr als im Vorjahr. Davon besuchen 474 das Gymnasium, 168 die Real- und 42 die Grundschule. 44 wohnen im hauseigenen Internat. Nur 14 Prozent der Schüler stammen aus einem adventistischen Elternhaus. Von den 65 Lehrkräften sind 35 Siebenten-Tags-Adventisten.

Das 1924 gegründete Schulzentrum der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten besitzt seit 1950 ein staatlich anerkanntes Gymnasium. 1994 kam die Real- und 2010 die Grundschule hinzu.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Zusammenschluss **der**

"Freikirchen in Österreich" erhält staatliche Anerkennung

Wien/Österreich, 02.09.2013/APD Der Zusammenschluss von fünf evangelischen Freikirchen in Österreich mit insgesamt 160 Kirchengemeinden erhält die volle staatliche Anerkennung. Das bestätigte das Kultusamt „Kathpress“ und bezeichnete den neuen Rechtsstatus der Freikirchen als eine „weltweit einzigartige“ religionsrechtliche Situation. Die entsprechende Verordnung von Unterrichtsministerin Claudia Schmid wurde am 27. August im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

Die „Freikirchen in Österreich“ sind somit die jüngste von insgesamt 16 staatlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften in Österreich. Mitglieder des Zusammenschlusses sind die Freie Christengemeinde-Pfingstgemeinde, der Bund evangelikaler Gemeinden, der Bund der Baptistengemeinden, die Elaia Christengemeinden und die Mennonitische Freikirche.

Wie „Kathpress“, berichtete habe das Ministerium bereits im Juni einen entsprechenden Verordnungsentwurf zur Begutachtung veröffentlicht, nachdem sich das freikirchliche Bündnis zu Jahresbeginn konstituiert hatte, um den Schritt vom Status einer „Religiösen Bekenntnisgemeinschaft“ zur anerkannten Kirche vollziehen zu können. Damit kommen die freikirchlichen Gemeinden gemeinsam auf jene Mitgliederzahl von zwei Promille der österreichischen Gesamtbevölkerung – derzeit etwa 17.000 Personen –, die gemäß dem Bekenntnisgemeinschaftengesetz für eine gesetzliche Anerkennung nötig ist. Mit der Anerkennung ist unter anderem die Möglichkeit für einen eigenen, konfessionellen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen verbunden.

Von Seiten der katholischen wie der evangelischen Kirche wurde das Ansinnen der Freikirchen in letzter Zeit deutlich

unterstützt. Die Freikirchen seien hierzulande die unter Christen am stärksten wachsende Gruppe und als „starke Realität“ von den anderen Christen anzuerkennen, so Kardinal Christoph Schönborn anlässlich der Antragstellung der Freikirchen auf staatliche Anerkennung.

Vertreter der fünf Freikirchen hatten stets betont, dass der Zusammenschluss nicht bloß aus juristischen Motiven erfolge. Es gebe große Übereinstimmungen im Glaubenskern, die Unterschiede würden lediglich „Nuancen“ betreffen.

Laut „Kathpress“ habe sich Walter Klimt, Sprecher der Freikirchen in Österreich, zur ökumenischen Zusammenarbeit mit anderen Kirchen bekannt. Man arbeite gerne im Ökumenischen Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) mit und sei für jede Unterstützung von Seiten anderer Kirchen dankbar; und man wolle auch für die rund 3.000 eigenen Kinder Religionsunterricht anbieten. In den Ballungsräumen werde dies wohl ein eigener freikirchlicher Unterricht sein, in den ländlichen Gebieten wolle man mit der evangelischen Kirche kooperieren.

Österreichische Adventisten beteiligen sich nicht am Zusammenschluss

Die evangelische Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Österreich mit rund 50 Kirchgemeinden hat seit Juli 1998 den Status einer staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaft. Es gehören ihr 4.035 Mitglieder an, die sich durch die Glaubenstaufe angeschlossen haben. Adventisten zählen einige Hundert Kinder und Jugendliche nicht als Mitglieder, da sie die Kindertaufe nicht kennen, sondern es den Jugendlichen selbst überlassen, ob und wann sie sich durch die Erwachsenentaufe der Kirche anschließen wollen.

Die Adventisten hätten bezüglich des Zusammenschlusses Kontakt zum gemeinsamen Sprecher der fünf Freikirchen gehabt, sagte Pastor Oliver Fichtberger, Generalsekretär der österreichischen Kirchenleitung. Sie teilten mit den fünf

Freikirchen den Glauben an Jesus Christus, mit allen Christen das Apostolische Glaubensbekenntnis und würden, wie die Freikirchen, das Evangelium von Jesus Christus durch Tat und Wort verbreiten. Adventisten würden auch die Bibel als Wort Gottes anerkennen, als höchste Richtlinie in allen Fragen des Glaubens und der Lebensführung. Obwohl sie vieles gemeinsam mit den evangelischen Christen der fünf Freikirchen hätten, gebe es einige glaubensmäßige Unterschiede, die es angezeigt erscheinen ließen, sich nicht am Zusammenschluss zu beteiligen. Vor allem im Bereich des gemeinsam geplanten Religionsunterrichtes der Freikirchen wäre die lehrmäßige Unterschiedlichkeit nicht zufriedenstellend überbrückbar, so Fichtberger.

Weitere Angaben zur Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Österreich finden sich im Internet unter www.adventisten.at.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!